



1 **CDU Bremen: die moderne Großstadtpartei mit aktiver**

2 **Mitgliederbeteiligung**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 1. Der Landesvorstand wird gebeten, nach der Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023 eine Kommission
7 zur Bestandsaufnahme und Erarbeitung von Leitlinien zu Fragen besserer Organisations-, Beteiligungs-
8 und Entscheidungsmöglichkeiten der Mitglieder der CDU Bremen durchzuführen. Die Arbeit der
9 Kommission soll mitgliederoffen sein.

10

11 2. In die Bestandsaufnahme sollen unter anderem die Erfahrungen der CDU in Niedersachsen und
12 anderer Gebietsverbände mit der direkten Wahl von Bewerberinnen und Bewerbern für öffentliche
13 Ämter einfließen.

14 3. Der Landesvorstand wird gebeten, den Generalsekretär der CDU Deutschlands zu bitten, im
15 Anschluss an diesen Prozess auf einem Landesparteitag zur Frage der stärkeren Basisbeteiligung und
16 zum Urwahlprinzip zu referieren. Dies auch mit ausdrücklichem Bezug auf die Verjüngung und die
17 stärkere Beteiligung von Frauen und mit Blick auf die Besonderheiten für die CDU in großstädtischer
18 Umgebung.

19

20 **Begründung**

21

22 Die Entscheidungsprozesse aller politischen Parteien, die vor oder direkt nach Gründung der
23 Bundesrepublik 1949 in den Satzungen verankert wurden, beruhten auf dem Prinzip der mittelbaren
24 oder indirekten Basisbeteiligung: die lokalen Gliederungen benannten Delegierte, die im Namen der
25 jeweiligen organisatorischen Einheiten das Wahlrecht bei programmatischen wie auch bei personellen
26 Fragen ausübten. Man sparte Kosten für die Reisen und reduzierte den organisatorischen Aufwand.
27 Gleichzeitig korrespondierte das Delegiertenprinzip inhaltlich in den politischen Parteien mit dem
28 Modell der repräsentativen Demokratie auf staatlicher Ebene. Sei es bei Kommunal-, Landtags- oder
29 Bundestagswahlen. Die Auswahl von Vertreterinnen und Vertretern, die dann die finalen Entscheidungen
30 treffen war geübte Praxis bei der politischen Meinungs- und Willensbildung der Bundesrepublik
31 Deutschland.

32 In der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft führten erstmals die Grünen nach ihrer Gründung
33 1980 basisdemokratische Verfahren ein: nicht Delegierte, sondern alle ordentlichen Mitglieder einer
34 Partei waren – bis zur Ebene des Bundes - wahl- und stimmberechtigt berechtigt. Das führte anfänglich
35 zu chaotischen Parteitag mit zahllosen Geschäftsordnungsanträgen und endlosen Debatten. Diese
36 Form parteipolitischer Entscheidungen wurde von den bis dato im Bunde trag vertretenen Parteien
37 abgelehnt und auch von deren Mitgliedern als eher abschreckend empfunden. Die Grünen nahmen das

38 „Chaos“ unter dem Aspekt der Bürgerbeteiligung und der Basisdemokratie billigend in Kauf: die Zeit
39 und die Entstehungsgeschichte in der außerparlamentarischen Opposition ließ grüßen.

40 Die deutsche Gesellschaft und das Wahlvolk haben sich seit dieser Zeit verändert: die Tragfähigkeit
41 politischer Entscheidungen nimmt mit dem Grad der Bürgerbeteiligung und der Einbeziehung aller
42 Beteiligten tendenziell zu. Der Prozess wie eine Entscheidung durch wen entsteht, trägt maßgeblich zur
43 Legitimation derselben bei. Sie ist mittlerweile genauso wichtig, wie die Frage der Qualität einer
44 Entscheidung. Die Wähler erwarten deshalb eine stärkere Einbindung und beschränken sich in ihrer
45 politischen Artikulation nicht mehr nur auf Wahlen am Ende von Legislaturperioden. Und die Mitglieder
46 politischer Parteien haben eine ähnliche Erwartungshaltung. Nicht umsonst bekennen sie sich mit ihrer
47 Mitgliedschaft zu einer bestimmten politischen Position und wollen nicht nur am Spielfeldrand stehen,
48 sondern Entscheidungen inhaltlich gestalten.

49 Während der Corona-Pandemie ist allen politisch Aktiven bewusst geworden: Die Technologien haben
50 sich ebenfalls verändert: eine Stimmabgabe im Internet ist ebenso möglich, wie ein digitaler Parteitag
51 ganz ohne Präsenz oder eine hybride Veranstaltung. Auch wenn der Organisationsaufwand erheblich
52 bleibt. Der technisch bedingte Zwang, die Zahl der Stimm- und Wahlberechtigten zu begrenzen,
53 entfällt zumindest in theoretischer Hinsicht. Die CDU Deutschlands hat mit dem ersten digitalen
54 Bundesparteitag im Januar 2021 neue Maßstäbe gesetzt und gezeigt, dass sie sich bei der digitalen
55 Organisation nicht vor anderen Parteien verstecken muss. Indes bleibt die rechtliche Frage der
56 verbindlichen Wahl von Parteivorständen und Bewerbern um öffentliche Ämter offen. Eine Änderung
57 des Parteiengesetzes hinsichtlich digitaler Wahlen für Vorstände und der Öffnung der Bestimmungen
58 für Kandidatinnen und Kandidaten ohne die Gefahr einer Pandemie bleibt abzuwarten.

59 Jene Parteien, die in den 1970er Jahren zu echten Mitgliederparteien gewachsen sind, sehen sich
60 heute mit einem erheblichen Rückgang der Mitgliederzahlen konfrontiert, der erzwungenermaßen
61 erhebliche Auswirkungen auf die organisatorische Struktur der Parteien haben wird. Vor diesem
62 Hintergrund kann auch das Delegiertenprinzip als schwerfällig und langsam erscheinen, da es aus einer
63 Zeit stammt, in der die Orts- und Stadtbezirksverbände der Partei mit weitaus höheren
64 Mitgliederzahlen umgehen mussten. Demgegenüber stehen mitgliederoffene Beteiligungsformate und
65 Mitgliederentscheidungen, die im 21. Jahrhundert als attraktiver und lebendiger wahrgenommen
66 werden und zur Legitimation von Entscheidungen beitragen. Wie bei allen direkten Beteiligungsformaten
67 bleibt die Gefahr, dass durch kurzfristige Eintritte vor Wahlen oder Abstimmungen Entscheidungen
68 „gekapert“ und beeinflusst werden können. Dies bleibt eine Möglichkeit, die zur Abwägung von Vor-
69 und Nachteilen direkter Beteiligungsformate dazu gehört.

70 Die CDU Bremen ist von diesen Entwicklungen direkt betroffen und hat in den vergangenen Jahren
71 bereits wichtige Anpassungen ihrer Satzung hinsichtlich der Beteiligungs- und der
72 Entscheidungsmöglichkeiten von Mitgliedern vorgenommen. So sind die Parteitage der drei
73 Kreisverbände Bremen-Stadt, Bremerhaven und Bremen-Nord schon seit langer Zeit mitgliederoffen.
74 Alle Mitglieder sind stimm-, wahl- und antragsberechtigt. Der Landesverband hat im Jahr 2018 die
75 Möglichkeit zur Einrichtung von Projektgruppen und Netzwerken geschaffen, in denen alle Mitglieder
76 und sogar Bürgerinnen und Bürger ohne Parteimitgliedschaft mitarbeiten können. Auf Bundesebene hat
77 sich die CDU auf ihrem Bundesparteitag 2019 in Leipzig ausführlich mit der Frage der
78 Mitgliederbeteiligung, der organisatorischen Neuaufstellung und der Modernisierung der Partei
79 befasst. Die Beratungen dort sind schließlich in die Empfehlungen der Struktur- und Satzungskommission
80 eingeflossen, an der für die CDU Bremen Wiebke Winter und Thomas Röwekamp teilgenommen haben.
81 Wurde auf dem Parteitag in Leipzig eine Urwahl des Kanzlerkandidaten – auch mit Blick auf die
82 notwendige Abstimmung mit der CSU - noch ausgeschlossen, wurde nach der Bundestagswahl 2021 der
83 neue Bundesvorsitzende der CDU, Friedrich Merz, zunächst in einem mitgliederoffenen Online-
84 Verfahren ausgewählt und dann mit einem Votum der Delegierten des Bundesparteitages gewählt. Hier
85 hat sich gezeigt, dass der innerparteiliche Diskussionsprozess die Partei belebt und lang bestehende
86 Konflikte beendet hat. Die CDU profitiert in der Opposition auch davon, dass der Bundesvorsitzende
87 mit einer großen Legitimität ins Amt gewählt wurde. Eine direkte Beteiligung und Entscheidung der
88 Mitglieder kann also ohne Zweifel viele Vorteile haben.

89 Ein unterschiedliches Bild ergibt sich bei der Auswahl für Bewerberinnen und Bewerber für öffentliche
90 Ämter. Etwa für die Parlamente der Landtage oder den Deutschen Bundestag. So hat die CDU in
91 Niedersachsen das Delegiertenprinzip für die Wahl von Bewerbern in den Wahlkreisen zur
92 Landtagswahl 2013 abgeschafft, wobei die Option auf Urwahl bereits vorher bestand. Die Satzung
93 lautet seit dem wie folgt:

94 „B. Benennung der Bewerber in den Wahlkreisen

95 §2 (Urwahlprinzip)

96 1. Bewerber um ein Direktmandat im Niedersächsischen Landtag werden von den wahlberechtigten
97 Mitgliedern im Wahlkreis in Urwahl gewählt.“

98 Zwar kann auf Antrag der Kreisverbände von diesem Prinzip abgewichen werden, wobei aber die
99 Begründungserfordernis erheblich bleibt Im Land Bremen gibt es bei den Wahlen für die Bremische
100 Bürgerschaft (Landtag) keine Wahlkreise, in denen – wie in Niedersachsen – Direktmandate für den
101 Landtag errungen werden können und in denen die wahlberechtigten Mitglieder einer Partei einen
102 Kandidaten oder eine Kandidatin auswählen können. Es gibt lediglich zwei Wahlbereiche (Bremen und
103 Bremerhaven), in denen jeweils durch die politischen Parteien eine Liste aufgestellt wird. Die
104 Wählerinnen und Wähler bringen ihrerseits die regionalen Aspekte durch die Möglichkeit des
105 Kumulierens und Panaschierens ein. Hier ist also also die Möglichkeit einer „Direktwahl“ durch die
106 Wählerinnen und Wähler gegeben. Dies gibt auch Bewerberinnen und Bewerbern eine Chance auf die
107 Wahl, die nicht auf den vorderen Listenplätzen platziert sind, über persönliche Stimmen ein Mandat zu
108 erringen. Die Frage ist, wie in den Parteien über die Listenvorschläge entschieden wird, denn die Listen
109 müssen die Interessen- und Bewerberlagen – um in der Stadtgemeinde Bremen zu bleiben – von Farge
110 bis nach Arbergen und von Obervieland bis ins Blockland abdecken und angemessen berücksichtigen.
111 Ein Gebiet mit heterogener Zusammensetzung und Wählerschaft und der Parteimitgliedschaft. Dies ist
112 vergleichbar mit der Aufstellung von Landeslisten für die Wahl zu den Landtagen oder der Wahl zum
113 Deutschen Bundestag.

114 Um diese Aufgabe zu bewältigen, gilt in der CDU für Bremen und Bremerhaven beim Vorschlag von
115 Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft nach wie vor das
116 Delegiertenprinzip. Die Wahlvorschläge an die jeweiligen Vertreterversammlungen werden zusätzlich
117 durch gewählte unabhängige Vorbereitungsausschüsse erarbeitet. Diese stellen wiederum sicher, dass
118 verschiedene Aspekte bei der Listenaufstellung berücksichtigt werden. So ist neben einer regionalen
119 Abdeckung möglichst aller Stadtteile auch die Frage der Geschlechtergerechtigkeit zentral.

120 Es stellt sich nun die Frage, ob die Listenaufstellung durch die Beteiligung und Entscheidung von
121 Mitgliedern an Legitimation und die Partei dadurch an Attraktivität gewinnt und ob die bestehenden
122 Beteiligungsmöglichkeiten dadurch sinnvoll ergänzt werden. Für die Bürgerschaftswahl am 14. Mai
123 2023 hat der Landesvorstand der CDU Bremen bereits das Aufstellungsverfahren beraten und
124 angestoßen. Hieran will auch dieser Antrag nichts verändern. Es geht viel eher darum zu analysieren,
125 wie die CDU Bremen für das kommende Jahrzehnt hinsichtlich der Beteiligungs- und
126 Entscheidungsmöglichkeiten von Mitgliedern aufgestellt ist.

127 Dieser Antrag soll einerseits der Bestandsaufnahme mitgliederoffener Beteiligungsformate innerhalb
128 der CDU Bremen dienen und andererseits einen unabhängigen Blick auf die bestehenden Strukturen
129 gewährleisten. Eine Befassung mit der Frage weiterer Möglichkeiten der Mitgliederbeteiligung.